

Anzeiger für das Havelland.

Erscheint jeden Abend 4 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2 M., durch die Post 2,25 M.

Spandauer Anzeiger.

Inserate die Zeilzeile 20 Pf. für Spandauer Inserenten 15 Pf. Reklamen pro Zeile 40 Pf. Beilagen 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Th. Gütlich in Spandau.

Redaktion und Expedition: Potsdamer Str. 48. * Fernsprecher: Spandau Nr. 52, Hopf.

Verlag und Druck der Hopf'schen Verlagsbuchdruckerei in Spandau.

Nr. 87.

Spandau, Sonntag, den 14. April 1907.

49. Jahrgang.

Aus dem Havellande.

Spandau, den 13. April 1907.

Nationalökonomien in der Kommunalverwaltung. Es ist unbedeutend, daß in der Landes- wie Kommunal-, der Kirchen- wie Medizinalverwaltung, selbst im staatlichen Eisenbahn- und staatlichen Bankwesen dem Juristen eine übermächtige Rolle zugewiesen und der Nationalökonom fast vollkommen ignoriert wird, obwohl die Rechtsverhältnisse immer mehr hinter die wirtschaftlichen Verhältnisse auf allen Gebieten des praktischen Lebens zurücktreten. In den Verwaltungsorganisationen, die sich der Handel geschaffen hat, hat man den Volkswirt recht bald richtig eingeschätzt und zu umfangreicher Mitarbeit herangezogen. Reich und Staaten sind noch nicht so weit. Dagegen fängt man auch in den geistlichen Kommunen an, mit dem uralten Juristenprinzip zu brechen. Gerade hier kommt der tüchtig geschulte Nationalökonom, welcher sein Wissen und Können zunächst auf die innerlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge des Volkslebens gründet, mehr als jeder andre zu seinem Recht, da die Kommunen immer mehr direkte Träger des Wirtschaftslebens werden und in sozial-politischer Hinsicht dem Staat einen großen, wenn nicht den größten Teil seiner Pflichten und Arbeiten abnehmen. In richtiger Erkenntnis dieser Chancen haben die Leiter des „Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes“, Landesökonomierat Wölbting und H. E. Krüger, eine Denkschrift über die „Anstellung von volkswirtschaftlichen Beamten bei Kommunalverwaltungen“ verfaßt, die im einzelnen treffend die Notwendigkeit eines allgemeinen und prinzipiellen Vorgehens der Gemeinden in dieser Richtung nachweist. Es wird daran erinnert, daß die Lösung wirtschaftlicher Fragen ebenso wie in der staatlichen, auch in der kommunalen Verwaltung einen immer breiteren Raum einnimmt. Daß die Bedeutung dieses Umstands bereits allgemeine Anerkennung findet, zeigt sich am besten in den Beschlüssen, die sich die wirtschaftliche Ausbildung von Verwaltungsbeamten zum Ziele setzen. Es sei verwiesen auf die Vereinigungen für staatswissenschaftliche Fortbildung in Berlin und Köln, auf die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt a. M., die in ihrem Programm diesem Punkte besondere Aufmerksamkeit widmet, und auf die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung in Frankfurt a. M., bei deren Gründung gerade diese Erwägung mitgewirkt hat. Demnach geschieht es im Sinne allgemeiner herrschender und als fruchtbringend erkannter Tendenzen, wenn man noch einen Schritt weiter geht und zeigt, wie mannigfache Arbeiten in der Verwaltung größerer Kommunen durch die Heranziehung berufsmäßig vorgebildeter Volkswirte gefördert werden können. Naturgemäß ist die Mitarbeit von Volkswirten in allen Angelegenheiten der städtischen Verwaltung, die wirtschaftliche Interessen berühren, nützlich. Die Denkschrift führt vorzugsweise folgende Gebiete an: Verkehrsangelegenheiten; kommunale Sozialpolitik; städtisches Finanzwesen. Weiter heißt es: „Uns ist bekannt, daß die Angelegenheiten, bei denen die Mitarbeit von Volkswirten in Frage kommt, sich auf fast alle Gebiete der städtischen Verwaltung verteilen. Deshalb dürfte es kaum möglich sein, daß die Tätigkeit eines städtischen volkswirtschaftlichen Beamten die sämtlichen aufgeführten Gebiete gleichzeitig umfaßt. Dies würde wohl auch über menschliche Arbeitskraft gehen. Auf die Anstellung einer Reihe von volkswirtschaftlich durchgebildeten Beamten ist in vielen Fällen zunächst schon deshalb nicht zu rechnen, weil deren Eingliederung in die Beamtenhierarchie Schwierigkeiten begegnen würde. Wohl aber dürfte es möglich sein, zur Anstellung eines volkswirtschaftlichen Beigeordneten zu schreiten, dem ein bestimmtes Dezernat überwiesen wird, für das die volkswirtschaftliche Vorbildung besonders wichtig ist, also zum Beispiel das Finanzwesen. Daneben könnte er unter Umständen auch noch andere Verwaltungsaufgaben erledigen, die nicht eine speziell volkswirtschaftliche Vorbildung erfordern. Ferner käme wohl noch die Form der Mitarbeit (Moderate) oder die Einforderung und Abgabe von Gutachten in Betracht. Zu Hilfsarbeiten sind jüngere volkswirtschaftliche Kräfte un schwer zu beschaffen. Solche dürften zum Teil auch bereit sein, im Interesse ihrer eignen praktischen Fortbildung zunächst unentgeltlich als Volontäre zu arbeiten, falls ihnen in einiger Zeit besondere Tätigkeit in Aussicht gestellt werden kann.“ Was die Denkschrift hier beschreiben andeutet und noch bescheidener wünscht, wird wohl nicht auf unfruchtbareren Boden fallen, zumal da es durchaus nichts so Neues ist. Die Möglichkeit der Hinzuziehung eines Volkswirts haben einige Städte bereits in der Weise anerkannt, daß sie den Leiter ihres statistischen Amtes zum Magistratsmitglied ernannten (Stuttgarter, Königshagen, Essen, Straßburg, Düsseldorf), oder eine besondere Vertrauensstellung ins Leben riefen unter der Bezeichnung „Wirtschaftlicher Beirat der Stadtgemeinde“ (Wannheim).

O. B.

* Die kaufmännische Fortbildungsschule ist vorgestern mit einer Schülerzahl von 63 eröffnet worden, die in zwei Klassen Montags und Donnerstags nachmittags von 2 bis 4 Uhr unterrichtet werden.

* Das aus dem Verkauf des Fortlandes an das Evangelische Johannesstift in die Stadtkasse geflossene Kapital ist nunmehr auf Hypotheken in Spandau ausgeliehen, so daß neue Anträge nicht mehr berücksichtigt werden können.

* Nachdem das Gelände für die Kleinbahn Spandau - Bürgow auf der ganzen Strecke freigelegt worden, soll mit dem Bau im nächsten Monat begonnen werden; das Bauureau wird in Spandau in der Streitstraße errichtet.

* Ein Aufsehen erregender Einbruchsdiebstahl ist vergangene Nacht hier ausgeführt worden. Heute morgen wurde in dem Gerichtsgebäude Potsdamer Straße 18, früherem Proviantamt, die Entdeckung gemacht, daß in die Gerichtskasse eingebrochen worden war. Die Kassenträume liegen im Erdgeschloß rechts vom Haupteingang; die nach der Straße zu befindlichen Fenster sind mit starken Eisensäden vergittert. Nach dem Hofe zu sind Doppelfenster ohne Vergitterung vorhanden. Der Einbruch ist nun nicht durch die Fenster, sondern, wie man sogleich wahrnehmen konnte, durch die mit einfachen Schlössern versehenen Türen verübt worden; vom Haupteingang führt eine Tür zu einem Vorraum und eine zweite Tür zu dem Kassensaal, das aus dem eigentlichen Geschäftszimmer und einem nach der Straße zu belegenen gewölbeartig gebauten Nebenzimmer besteht, wo sich ein eiserner Geldschrank älteren Systems befindet. Es werden darin häufig recht erhebliche Geldbeträge niedergelegt, wie sie besonders in Grundbuchsachen öfters eingeht. In diesen kleinen Raum hatte früher schon das Proviantamt seinen Geldschrank gestellt; von dem Haupteingang hat er keinen Eingang. Die Ortsbefichtigung förderte bald das Ergebnis zulage, daß die Spisstuben von dem Nachbargrundstück Potsdamer Straße 17, wo gerade ein Neubau errichtet wird, auf den Hof des Gerichtsgebäudes gelangt sind. Die verschlossene Tür des Bauzuges an der Straße ist aufgebrochen worden; die Täter sind dann zunächst in die Baubude eingedrungen, wo sie indes keine ihnen passende Beute vorfanden. Sie wandten sich dann nach dem Seitenflügel, der an das Gerichtsgebäude grenzt, und gelangten von dem ersten Stockwerk des Neubaus durch eine im Mauervort befindliche Öffnung auf das Dach des Latrinengebäudes des Amtsgerichts; eine Leiter vom Neubau nahmen sie mit herab und ließen diese auf der andern Seite zur Erde nieder, um dann bequem in den Hof des Gerichtsgebäudes hinabzusteigen; an der Stelle, wo die Leiter heute morgen noch vorgefunden wurde, ist ungespalteter Erdboden, wo Fußspuren bemerkt wurden, die vermutlich von den Eindringern herühren. Durch die nicht verschlossene Hoftür gelangten die Täter danach in den Hausflur; mit Leichtigkeit öffneten sie dann die Schläfer der beiden Eingangstüren des Kassensalles und drangen hierauf in das Kassengewölbe ein. In den eintürigen Geldschrank haben sie alsdann eine hinreichend große Öffnung gestemmt und sich von dem Kassensaal eine Summe von etwas über 4000 M. in Reichsbanknoten, Gold und Silber angeeignet. Auf demselben Wege, wie sie gekommen, haben sie den Tatort wieder verlassen. Auf dem Hofe wurden heute morgen zwei leichte Schuhe, wie sie Bauleute bei der Arbeit tragen, vorgefunden; sie sind vermutlich von den Tätern verloren worden. Der allein im Gebäude befindliche Hauswart, ein Gerichtsunterbeamter, der mit seiner Familie in dem nach der Mönchstraße zu belegenen Flügel wohnt, hat das durch den Einbruch verursachte Geräusch nicht gehört. In dem Geldschrank befand sich noch eine weit größere Geldsumme, sowie Wertpapiere; dies alles ist von den Dieben nicht mitgenommen worden. Die Untersuchung der Einbruchangelegenheit wurde sowohl von den Organen der Justizverwaltung als auch der Kriminalpolizei heute morgen sogleich aufgenommen. Es wurde bisher aber von den Tätern nicht die geringste Spur entdeckt; man vermutet, daß genervte Berliner Geldbündelträger den Einbruch ausgeführt haben. Erwähnenswert ist noch, daß die Kriminalpolizei vergangene Nacht eine Streife nach Lichtseumers Grundstück und Verbrechen veranstellte.

* In der letzten Sitzung des „Vereins Spandauer Volkshullehrerinnen“ erbatte die erste Vorsitzende einen Bericht über den 6. Verbandstag der Hilfschulen Deutschlands, dem sie als Delegierte des Vereins beigewohnt hat. Der Verbandstag fand vom 3. bis 5. April in Charlottenburg statt und erfreute sich eines lebhaften Besuchs seitens staatlicher und städtischer Behörden, sowie der Lehrer und Pädagogen. In der Vorversammlung nahm ein Vortrag des Hauptlehrers Horrix-Düffelhof „Der Personalbogen in der Hilfschule“ das lebhafteste Interesse der Zuhörerschaft in Anspruch. Der Personalbogen gibt Aufschluß über die Familien- und persönliche Geschichte der minderbegabten Kinder und über ihre Entwicklung in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung während der Hilfschulzeit und noch darüber hinaus. Tritt der Hilfschüler in das Heer ein, oder kommt er mit den Gefangen in Konflikt, so bietet der Personalbogen den geistig Minderwertigen Schutz. In der Hauptversammlung am 4. April gab der Vortrag des Stadtschulrates an der Kaiser-Wilhelm-Akademie Dr. Stier „Der Militärdienst der geistig Minderwertigen“ ein anschauliches Bild von den Schäden, die sowohl den geistig Schwachen, als auch dem Heere durch die Dienstpflicht der geistig Minderwertigen drohen. Der äußerst gehaltvolle Vortrag gipfelte in den beiden Forderungen: Schutz der geistig Minderwertigen vor der Militärpflicht, und Schutz der Armee vor der Belastung durch die geistig Minderwertigen. Der Filialleiter H. Fuchs-Berlin sprach hierauf über „Die Fortbildungsschule für Schwachbegabte“. Wenn schon für die Normalbegabten die Pflichtfortbildungsschule gefordert werden muß, so ist sie noch in weit höherem Maße für die Schwachbegabten notwendig. Viele der letzteren haben nach der Schilderung des Referenten, der Leiter der ersten Berliner Fortbildungsschule für Schwachbegabte ist, schon ein halbes Jahr nach der Entlassung aus der Hilfschule alles vergessen und müssen wieder

mit der Fibel anfangen. In drei Jahreskursen werden die Knaben durch den deutschen, den Zeichen- und den Handfertigkeitsunterricht, die Mädchen durch den deutschen, den Hauswirtschafts- und den Handarbeitsunterricht auf das Berufsleben vorbereitet. So können auch die Schwachbegabten, die ohne Fortbildungsschule ganz leistungsunfähig wären, in bescheidenem Maße ihren Platz im Leben ausfüllen. Ein Referat des Leiters Sandt-Charlottenburg, „Die geplante Neuorganisation der Charlottenburger Gemeindeschulen mit Rücksicht auf die minderbegabten und minderleistungsfähigen Kinder“ bildete den Schluß der Tagung. Ein Festmahl am Nachmittag und eine Festvorstellung im Charlottenburger Schiller-Theater vereinigten die Teilnehmer des Verbandstages zu fröhlicher Geselligkeit. Der dritte Tag war der Beschäftigung von Schulen, sozialen Einrichtungen und Ausflügen in die Umgebung Berlins gewidmet. — Der Bericht über den Hilfschulitag regte die Versammlung an, die Bitte um Einrichtung von Hilfsklassen, die der „Verein Spandauer Volkshullehrerinnen“ schon im Jahre 1905 an den Spandauer Magistrat gerichtet hat, demnächst zu wiederholen.

* In der Holzindustrie beginnt hier ein Umschwung einzutreten, indem sich Arbeitswillige melden, die der Organisation des Deutschen Holzarbeiterverbandes nicht angehören. Dies geschieht unter der Wirkung des Vertragsabschlusses, der zwischen den Arbeitgebern und dem Hirsch-Duncker'schen Gewerksverein zustande gekommen ist. Die Aussperrung konnte noch nicht vollkommen zur Durchführung gebracht werden, weil die Gefellen die 14tägige Kündigungsfrist für sich in Anspruch nahmen, obwohl diese bisher nicht zu Recht bestanden hat. Der Deutsche Holzarbeiterverband bemüht sich, die unverschuldeten Gefellen zur Weite zu bewegen; einige haben Spandau, mit Reisegeld versehen, auch bereits verlassen. Die Weigerung will aber lieber in Spandau bleiben und die Entwicklung der Dinge abwarten, weil sie die Gewissheit haben, daß sie nach Beilegung des Lohnkampfes hier sofort wieder Beschäftigung erhalten, was außerhalb von Berlin und den Vororten hätten übrigens die meisten Werkstätten zurzeit abnehmender Leistungsfähigkeit erhalten, so daß die jetzige Arbeitsruhe den Beschäftigten durchweg keinen oder nur geringen Schaden bringt.

* Auch im Barbiergewerbe macht sich eine Lohnbewegung bemerkbar. Der Gehilfenausschuß hat beschloßen, eine Lohnherabsetzung von 20 Prozent zu verlangen. Für Montag ist eine Versammlung einberufen, in der zwischen Meistern und Gehilfen über die Forderung verhandelt werden soll.

* Die Fabrik von Drenke & Koppel läßt zur Vergrößerung ihres Betriebs einen neuen Dampfhammer aufstellen. Um zu verhindern, daß ein Nachstinken des Fundaments stattfinden, wie es sich bei den schon im Betrieb befindlichen Dampfhammern wiederholt ereignet, wird eine Spundwand von vier Metern im Quadrat in die Erde gesenkt und in dem Raum innerhalb der Spundwand acht Meter lange Dampfzylinder eingebracht. Hierauf wird dann erst das massive Fundament errichtet. Eine Erweiterung ihrer Fabrikanlagen nimmt gegenwärtig auch die chemische Fabrik von Frankel & Kungue vor. Außer Farben wird hauptsächlich Gummi hergestellt. Hierzu reichen die maschinellen Anlagen nicht mehr aus. Es wird deshalb ein neues Haus für eine Dampfmaschine gebaut, und weitere Handmaschinen werden aufgestellt.

* Uns wird geschrieben: Der Artikel in Nr. 80 des „Anz.“ über die kirchlichen Verhältnisse in Haselhorst vertrat eine völlige Unkenntnis der wirklichen Sachlage. Haselhorst ist in kirchlicher Beziehung nicht eine „Militärgemeinde“, sondern in dem wesentlichen Bestande seiner Mitglieder eine von alters her in St. Nikolai-Spandau eingetragene „Zivilgemeinde“. Der Erlass der Kirchensteuern und Gebühren wurde ungesegelt sein. Durch besonderes Entgegenkommen der Militärverwaltung ist Haselhorst seit 1893 mit einem Befehl unter gleichzeitiger Bestellung eines Divisionspfarrers in Nebenamt versehen worden. Die begünstigten Abmachungen mit der St. Nikolaikirche, die übrigens jederzeit widerruflich sind, sind verstrichen und instruktionsgemäß festgelegt. Auf Grund derselben ist unter andern der Divisionspfarrer, wie solches auch tatsächlich mehrfach geschehen ist, in besondern Wehinderungsfällen von einem der Geistlichen an St. Nikolai zu vertreten. — Die der Haselhorster Gemeinde von der Divisionseinführung in der Mönchstraße gewährte Gemeindefürsorge wird allerdings „bezahlt“, doch so, daß die Selbstkosten bei weitem nicht gedeckt werden. Seit dem 1. April v. J. zahlt die Militärverwaltung noch 300 M. jährlich dazu, — entsprechend ungefähr der von Haselhorst aufzubringenden Kirchensteuer. Daß die Kinder, welche die von der Schmeiser eingerichtete Flid- und Strickstunde besuchen, dafür besonders bezahlen müssen, ist im Hinblick auf die genannte Wohlfahrtsanstalt geradezu widersinnig. Die Kinder kommen freudig und freiwillig mit einer kleinen Gabe von etwa monatlich 10 Pf., aus deren Erträgen für die Kinder selbst das notwendige Arbeitsmaterial und eine kleine Weihnachtsbescherung beschafft wird. — Es sei zum Schluß bemerkt, daß der Gemeinderat von St. Nikolai die parochiale Selbstverwaltung von Haselhorst wiederholt in Anregung gebracht hat, leider bisher ohne Erfolg.

* Der Spandauer Singverein (Gemischter Chor), dessen Dirigent der Garnison-Organist Manfred Langer ist, veranstaltet am Mittwoch, den 17. April, im Restaurant „Samsouci“, Neuenhofer Straße 91, abends 8 Uhr, einen Kammermusikabend, zu welchem Gäste durch Mitglieder des Vereins eingeführt werden können. Der Besuch dieses Kammermusikabends ist kostenfrei.

* Schöffengericht. Der Müllergehilfe Artur L. war angeklagt, am 4. März in der Trainlaserne hier das in einem Schilderhaus hängende Jackett eines dort beschäftigten Arbeiters entwendet zu haben. Der Angeklagte bestritt, gestohlen zu haben. Er habe sich an dem Tage zum freiwilligen Eintritt beim Train-Bataillon melden wollen. Nachdem er einige Zeit den Grenzlinien zugehört, sei ihm die Sache aber leid geworden, und um den Einbruch der Vermischnisse zu machen, damit er nicht zum Militär genommen werde, habe er sich das im Schilderhaus

Diese Nummer ist 10 Seiten stark.